



Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.:	VO/1158/2012	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	04.04.2012	
	Eingang:	04.04.2012	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Schul- und Kulturausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Bericht zum Stand der Inklusion an Marburger Schulen und Kindertageseinrichtungen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1. eine Bestandsaufnahme aller Marburger Kinder mit Förderstatus (wie im Schulgesetz definiert bzw den entsprechenden Förderrichtlinien festgelegt) vorzulegen, mit Angaben darüber, wo sie beschult werden bzw. in welchen Kindertageseinrichtungen sie betreut werden,**
- 2. zu berichten, welche Maßnahmen zur Inklusion an Marburger Schulen und Kindertageseinrichtungen in den letzten beiden Jahren stattgefunden haben,**
- 3. zu berichten, welche Maßnahmen zur Inklusion im Rahmen des neuen Schulentwicklungsplans (zunächst für den Grundschulbereich und die entsprechenden Förderschulstufen) und im Rahmen der Jugendhilfeplanung vorgesehen sind und ob es noch weiterhin Sondereinrichtungen geben soll,**
- 4. und die weitere Entwicklung regelmäßig (in den zuständigen Ausschüssen) zu dokumentieren.**

Begründung:

Marburg wurde gerade als behindertenfreundliche Stadt ausgezeichnet. Schon deshalb hat das Thema Inklusion einen hohen Stellenwert. Bereits unter dem Stichwort „Integration“ wurden hier viele Grundlagen geschaffen und zahlreiche Einzelmaßnahmen umgesetzt. Die neuen Entwicklungen mit dem Ziel der Inklusion sollen in Marburg ebenfalls aktiv angegangen werden.

Damit die dafür erforderlichen Entscheidungen durch die Stadtverordnetenversammlung getroffen werden können, ist die umfangliche Information zunächst zum Bereich von Schule und Kindertageseinrichtungen notwendig.

Inklusion ist eine umfassende und komplexe Aufgabe, die in einem ersten konkreten Schritt im Zusammenhang mit Schule und Kinderbetreuung angegangen werden soll. Wenn wir Inklusion als städtische Aufgabe ernst nehmen sind allerdings darüber hinaus alle Lebensbereiche und weitere Zielgruppen in die Betrachtung einzubeziehen, wie z.B. die Freie Jugendarbeit.

Gerald Weidemann

Dr. Christa Perabo